

Präsident des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Wien, am 12. Dezember 2018

Geschäftszahl (GZ): BMDW-10.101/0232-IM/a/2018

- In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 1983/J betreffend "den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Abschaffung der jahreszeitlich bedingten Zeitumstellung und zur Aufhebung der Richtlinie 2000/84/EG", welche die Abgeordneten Eva Maria Holzleitner, BSc, Kolleginnen und Kollegen am 12. Oktober 2018 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 bis 13 der Anfrage:

1. *Wie lautet die Position Ihres Ressorts zum genannten Vorschlag insgesamt und zu dessen wesentlichsten Bestimmungen?*
2. *Sind weitere Ressorts mit dem Vorschlag befasst?*
3. *Stimmen Sie mit der Rechtsgrundlage des Vorschlags überein?*
4. *Entspricht der Vorschlag den Grundsätzen der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit?*
5. *Werden auf Grund des Vorschlages Änderungen an österreichischen Rechtsnormen erforderlich?*
 - a. *Wenn ja: welche Bundesgesetze sind betroffen?*
6. *Sind durch den Vorschlag Kompetenzen der Bundesländer betroffen?*
 - a. *Wenn ja: auf Grund welcher Bestimmung(en) des Vorschlags?*
7. *Enthält der Vorschlag Bestimmungen, die im österreichischen Recht nur durch Bundesverfassungsgesetz getroffen werden könnten?*
8. *Wie ist die Position anderer Mitgliedstaaten zum Vorschlag?*
9. *In welcher EU-Ratsformation wird der Vorschlag behandelt?*
10. *In welchem vorbereitenden Gremium des Rates der EU wird der Vorschlag behandelt?*

- 11. Fanden bereits Sitzungen in diesem Gremium statt?*
- 12. Besteht ein Zeitplan für die Behandlung des Vorschlags?*
- 13. Welche Art von Gesetzgebungsverfahren kommt zur Anwendung?*

Das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort ist für die Behandlung dieses Dossiers auf europäischer Ebene nicht zuständig und daher auch nicht in den entsprechenden EU-Gremien vertreten, weswegen dazu zuständigkeithalber auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 1981/J durch den Herrn Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie zu verweisen ist.

Dr. Margarete Schramböck

